

verhältnis bei Newman (N. *Schiffers*, Aachen), Christliches Weltverhältnis im Dienen (A. *Böhm*, Köln).

17. Arbeitskreis: *Diaspora*

Der Arbeitsbericht wies vor allem auf die Bewegungen im Diasporaraum hin.

An ihn schlossen sich die Besprechungen des Kreises an, der unter dem Thema „Kirche in Bewegung“ vor allem die Pendlerseelsorge, die Seelsorge in Erholungsorten, die zeitbegrenzte Diaspora der Studenten, Wehrpflichtigen und ausländischen Gastarbeiter in der Diaspora behandelte. Referenten waren: A. *Erdle*, Paderborn, P. *Steinki*, Stuttgart, B. *Dreher*, Würzburg, B. *Schomakers*, Osnabrück, R. *Svoboda*, Freiburg i. Br., A. *Freiburg*, Göttingen, K. *Marizy*, Bremen, und A. *Cazetta*, Freiburg i. Br. Besonders hingewiesen wurde auf die notwendigen neuen Formen der Seelsorge in den Stadttrandsiedlungen, auf die „Diaspora in der Diaspora“ bei den ausländischen katholischen Arbeitnehmern, und die neuen Aufgaben, die dem Bonifatiusverein in Deutschland in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen hier zuwachsen.

18. Arbeitskreis: *Einheit der Christen*

In den Lageberichten hörten zunächst beide Sektionen die Ausführungen von W. *de Vries*, Rom, und A. *Brandenburg*, Paderborn, über die ostkirchliche Situation und das Verhältnis zu den evangelischen Christen.

Danach trennten sich die beiden Sektionen zu Gesprächen über ihre Bereiche. Die 1. Sektion (unter P. A. M. *Mitnacht*, Würzburg) behandelte die Bildung von Kernkreisen und andere Formen der Laienarbeit im Hinblick auf die Ostkirche, Fragen des Verhältnisses von Katholiken der

verschiedenen Riten zueinander, der seelsorglichen und menschlichen Betreuung von Studenten und Gastarbeitern aus dem Osten sowie die Pflege von Besuchen aus ostkirchlichen Kreisen in der Bundesrepublik. Möglichkeiten der Förderung der ostkirchlichen Arbeit in Schrifttum, Funk und Fernsehen wurden ebenso erörtert wie die Unterstützung der *Catholica Unio*. — In der 2. Sektion (unter A. *Brandenburg*, Paderborn) besprach man die Begegnungen mit den evangelischen Christen im Alltag und öffentlichen Leben, die caritative Zusammenarbeit, die *Una-Sancta*-Kreise und die Begegnung mit Israel.

Im Ergebnis wurde hingewiesen auf die Notwendigkeit, unsere Begegnung mit den Christen aus den Ostkirchen für diese zu einem christlichen Erleben zu machen; in Presse, Funk und Fernsehen sich um sie mehr zu kümmern, und dies in Zusammenarbeit mit unierten und orthodoxen Christen. Besondere Wünsche wurden ausgesprochen an die Bischöfe im Hinblick auf das kommende Konzil. Für die Zusammenarbeit mit den evangelischen Christen wurde das Anliegen einer einheitlichen Bibelübersetzung in deutscher Sprache besprochen, das der Erstellung eines gemeinsamen Vaterunser-Textes, die gegenseitige caritative Hilfe, die Teilnahme am evangelischen Beten und Büßen an Pfingsten und an Buß- und Bettag, die menschliche und brüderliche Bemühung um die Milderung der Not der in Mischehe Lebenden, die Verbesserung des ökumenischen Nachrichtenwesens, die Überprüfung der Schulbücher auf unökumenische Schiefheiten und Irrtümer, die Unterstützung der Bemühungen im Zusammenhang mit dem Konzil, die auf Weltebene das Verhältnis der Konfessionen zueinander und das Verhältnis der Christen zu den Juden verbessern können.

Aus der totalitären Welt

Die ideologischen Spannungen innerhalb des internationalen Kommunismus

Die Meinungsverschiedenheiten unter den kommunistischen Führern über Fragen der zweckmäßigsten Taktik — bei Übereinstimmung in der weltrevolutionären Zielsetzung — gegenüber der sich stets verändernden Weltlage sind nicht neu; sie wurden zum erstenmal 1956 für eine größere Öffentlichkeit deutlich. Die chinesische Parteiführung griff damals einige Entscheidungen des XX. Parteitages der KPdSU an, so z. B. die neue These von der Vermeidbarkeit von Kriegen oder die These von der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung zur sozialistischen Revolution.

Auch in der Frage, ob die Unterstützung jeder anti-imperialistischen oder nationalistischen Bewegung gerechtfertigt sei, zeichneten sich mit der Zeit gegensätzliche Anschauungen ab. Ferner ergaben sich in der praktischen Politik Spannungsmomente. Die chinesische Führung wünschte eine stärkere Unterstützung durch die UdSSR. Sie verlangte Atomwaffen und wissenschaftliche Hilfe bei deren Fertigung. Die Sowjetunion konnte und wollte nicht im gewünschten Ausmaß helfen. Vor allem hinsichtlich der militärischen Forderungen verhielten sich die Sowjetführer zurückhaltend, ja abweisend. Sie befürchteten nämlich, in einen „großen Krieg“ mit den USA hineingezogen zu

werden, wenn sie den Chinesen dafür die Voraussetzungen schüfen. (Die Chinesen werden von den Sowjets als unberechenbare Alliierte eingeschätzt.)

Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit von Kriegen

Die unterschiedliche Einstellung zum Krieg ist für die beiden größten kommunistischen Parteien besonders bedeutsam. Im chinesischen Parteiorgan „*Jenminjipao*“ (10. 12. 61) wird nach einer scharfen Polemik gegen die USA die chinesische Einstellung zum Atomkrieg folgendermaßen ausgedrückt:

„Das chinesische Volk weigert sich grundsätzlich, sich von der atomaren Erpressung der amerikanischen Imperialisten einschüchtern zu lassen. Was nützt es, sich vor einem Atomkrieg zu fürchten? ... Wenn wir uns fürchten, entwaffnen wir uns geistig, der Feind wird dann nur noch tollwütiger, und die Gefahr eines Atomkrieges vergrößert sich ...

Das chinesische Volk ist der Meinung, daß, wenn der Imperialismus einen atomaren Weltkrieg zu entfesseln wagt, das Ergebnis nur die *vollständige Vernichtung des Imperialismus* sein würde, während die siegreichen Völker auf den Trümmern des toten Imperialismus eine schöne Zukunft errichten werden“ (zit. nach „*Neue Zürcher Zeitung*“, 5. 1. 62).

Chruschtschow ist dagegen realistischer. Bereits in seiner Rede auf der Bukarester Tagung der kommunistischen Parteiführer im Juni 1960 wandte er sich zum erstenmal auch eindeutig gegen den „lokalen Krieg, weil dieser sich zu einem Weltkrieg ausweiten kann“. Chruschtschow befürchtet, daß nach einem Atomkrieg auch die sozialisti-

schen Länder verwüstet sein werden und selbst im günstigsten Fall deshalb ein wirklicher Sieg nicht zu erwarten sei. Ein „kleiner“, sich zu einem atomaren Weltbrand ausweitender Krieg kann unter der Voraussetzung einer militärisch starken Verteidigungsgemeinschaft der freien Welt der Ausbreitung des Kommunismus nicht förderlich sein, im Gegenteil, er kann sogar hemmend wirken. Angesichts dieses Risikos bevorzugt Chruschtschow die Politik der friedlichen Koexistenz, wobei er auf relativ friedlichem Wege — ohne Weltbrand — hofft, in einigen Jahrzehnten ein eindeutiges Übergewicht des Kommunismus im Weltmaßstab zu erringen.

Nachdem die Sowjetunion Atommacht geworden war, erwies es sich als unausweichlich, die Lehre des Kommunismus, Kriege seien unvermeidbar, zu revidieren. Nach Lenins Auffassung gehört der Krieg zum Wesen des Imperialismus. Der Krieg galt daher als unvermeidbar, er wurde nicht als schreckliches Übel angesehen, das man unbedingt vermeiden müsse, sondern als begrüßenswerte Brutstätte des Kommunismus. Lenin hoffte vornehmlich durch Umwandlung der Kriege in Bürgerkriege die Weltrevolution herbeizuführen.

Der Konflikt mit Albanien

Aber nicht nur mit den chinesischen Kommunisten, sondern auch mit der albanischen Parteiführung hatte die Moskauer Zentrale bedeutende Differenzen. Die albanische „Partei der Arbeit“ war zur Zeit Stalins die moskauhörigste Satellitenpartei. Nach Stalins Bruch mit Tito stellte sie sich am konsequentesten auf die Seite Stalins. (Der Parteichef Hodscha züchtete systematisch — unter Anknüpfung an alte Rivalitäten der Balkanvölker — eine Feindschaft gegen Jugoslawien.) Als nach Stalins Tod Chruschtschow Tito rehabilitierte, von neuem freundschaftliche Beziehungen zu Jugoslawien herstellte und das Land sogar in den Ostblock einbeziehen wollte, stieß er auf den Widerstand der albanischen Führer, die gerade in dieser Frage dem stalinistischen Kurs treu bleiben wollten. Im aufkeimenden Konflikt zwischen Moskau und Peking begannen sich die albanischen Führer recht bald auf die Seite Pekings zu schlagen und erhielten auch von dort Zuspruch und Hilfe.

Bereits auf dem Moskauer Treffen der Führer der kommunistischen Parteien vom November 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 465 ff.) zeigten sich in den Diskussionen erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Zwar wurde in der von allen Delegationen angenommenen Entschließung ein Bekenntnis zur „unerschütterlichen Einheit des sozialistischen Lagers“ abgelegt, doch war für den sachverständigen Beobachter ohne Schwierigkeiten zu erkennen, daß diese Entschließung einen Kompromiß darstellte, in dem beide Standpunkte berücksichtigt wurden. Unter dem Druck Chinas wurde „friedliche Koexistenz“ als „schärfster Klassenkampf“ interpretiert.

Zum erstenmal seit 35 Jahren wurde damit die allgemeine Strategie der kommunistischen Parteien nicht mehr allein durch die Interessen der Sowjetunion bestimmt. Stalins kategorisches Wort, „ein Revolutionär ist, wer widerspruchslos, bedingungslos, offen und ehrlich ... zur Verteidigung und Stärkung der UdSSR bereit ist“, wurde von der Moskauer Tagung ignoriert.

Nach dem Treffen zeigte es sich, daß Peking und Moskau die Entschließung unterschiedlich interpretierten. Während Moskau z. B. den Dogmatismus in Gestalt der Ideen Stalins, Molotows und Hodschas als Hauptfeind hinstellte, bezeichneten die chinesischen Kommunisten den Revisio-

nismus als Hauptfeind, womit sie auf Chruschtschow anspielten, sich aber hüteten, das offen auszusprechen.

Während 1960 China Chruschtschow angegriffen hatte, seine ideologischen Positionen und seine Politik gegenüber dem Westen, den Entwicklungsländern und innerhalb der kommunistischen Bewegung seien eine „Abweichung vom Marxismus-Leninismus“, ergriff Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag der KPdSU die Initiative, um durch den Druck auf Tirana dessen Protektor Peking in die Defensive zu drängen und die führende Stellung Moskaus im Weltkommunismus erneut zu bekräftigen.

Für Chruschtschow war die Situation heikel geworden. Er mußte versuchen, die Zügel im kommunistischen Block wieder fest in die Hand zu bekommen. Dies war keine Frage persönlichen Ehrgeizes, sondern eine Notwendigkeit der sowjetischen Politik. Denn nur in einem „Monolith“ kann alles kontrolliert und das Wechselbad des kalten Krieges störungsfrei präpariert werden. Nur wenn Chruschtschow souverän über einen monolithischen Block herrscht, besteht für ihn die Möglichkeit, eventuell eines Tages mit den USA Frieden zu schließen — dann nämlich, wenn ihm das Atomspiel zu riskant wird oder wenn er aus einem anderen Grunde die Notwendigkeit einsieht, die Spannung abzubauen, auch wenn dadurch die kommunistische Weltbewegung an Aggressivität zeitweilig verliert. (Taktische Manövrierfreiheit ist heute für Rußland lebenswichtig, da es über so viele Raketenbasen verfügt, daß es immer in der Frontlinie eines Atomkrieges liegen wird.)

Unter diesen Aspekten wird es verständlich, daß die Sowjetführer den Konflikt im kommunistischen Block selbst offen aufdeckten, um ihn möglicherweise dadurch schneller wieder beseitigen zu können. Sie nutzten die albanische Affäre aus, weil es ein bequemer Weg schien, die Chinesen herauszufordern und sie schließlich durch den Konflikt erkennen zu lassen, daß es sogar für sie gewagt ist, sich ohne Billigung Moskaus eigene Satelliten zu halten.

Für die Haltung der albanischen KP-Führer war folgende von Mikojan wiedergebene Äußerung Mehmet Schehus bemerkenswert: Stalin habe nur zwei Fehler begangen: erstens, daß er zu früh gestorben sei, und zweitens, daß er die heutigen Führer der KPdSU nicht habe liquidieren lassen. Verschiedene Parteitagsdelegierte bezeichneten die Führer der albanischen KP, Hodscha und Mehmet Schehu, als Mörder.

Die chinesische Gastdelegation auf dem XXII. Parteitag distanzierte sich von den sowjetischen Anschuldigungen gegen Albanien und mißbilligte Chruschtschows Vorgehen. Der chinesische Delegationschef Tschou En-lai, der als einziger Delegationschef den XXII. Parteitag vorzeitig verließ, erklärte dort u. a.:

„Wir sind der Meinung, daß die Bruderparteien und Bruderstaaten im Geiste des proletarischen Internationalismus auf Grund der Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Konsultation und der Einmütigkeit mit Geduld Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten regeln müssen. Offene und einseitige Vorwürfe gegen eine Bruderpartei tragen keineswegs zur Einheit und zur Lösung der Probleme bei. Es ist keine ernsthafte und marxistisch-leninistische Haltung, wenn man die Streitigkeiten zwischen den Bruderparteien und Bruderstaaten vor den Feinden führt. Eine solche Haltung kann nur unsere Freunde betrüben und unsere Feinde erfreuen.“

In seiner Schlußrede auf dem XXII. Parteitag erklärte Chruschtschow, an die Chinesen gewandt:

„Wir teilen die Unruhe unserer chinesischen Freunde und schätzen ihre Sorge um die Stärkung der Einheit. Wenn die chinesischen Genossen ihre Bemühungen für die Normalisierung

der Beziehungen auf seiten der Albanischen Arbeiterpartei mit den Bruderparteien einzusetzen wünschen, dann könnte kaum jemand einen besseren Beitrag zur Lösung des Problems leisten als China.“

Tiranas Gegenangriff und Pekings Solidarität

Die nach dem XXII. Parteitag abgegebenen Stellungnahmen der albanischen Führer sind sehr interessant, denn sie offenbaren den Grad des Zerwürfnisses. Wenn man Chruschtschows Ziel im Auge behält, durch einen erneuten Angriff auf Stalin und die albanischen Führer die alte Einheit des kommunistischen Blocks wiederherzustellen, so muß man nach den Auseinandersetzungen der letzten Monate feststellen, daß er dieses Ziel nicht erreicht hat.

Statt zu einem ideologischen „Meinungsaustausch“ kam es zum offenen Bruch, der unwiderruflich scheint, zumindest solange auf beiden Seiten die heute maßgeblichen Persönlichkeiten am Ruder bleiben. Die Polemik wird von beiden Seiten in einem Ton und mit Argumenten geführt, die ein Zurück wohl sehr schwierig machen dürften.

Nach dem XXII. Parteitag erklärte das Zentralkomitee der albanischen „Partei der Arbeit“ in einer Stellungnahme u. a.:

„Die Partei und das albanische Volk werden sich nicht unterwerfen; sie werden sich von den verleumderischen Angriffen und Erpressungen und der Unterdrückung Chruschtschows nicht in die Knie zwingen lassen.“

Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien verkündete Radio Tirana:

„Der Tag wird kommen und ist nicht mehr fern, an dem das sowjetische Volk und die KPdSU Chruschtschow für seine antimarxistischen Umtriebe strafen werden.“

Außerordentlich bezeichnend war auch eine Rede des Parteichefs Hodscha am 8. 11. 61, in der er ziemlich umfassend seinen Standpunkt darlegte. Hodscha bemerkte u. a.:

„In einigen Grundthesen des XX. Parteitags der KPdSU war unsere Partei niemals mit den Ansichten der sowjetischen Führung einverstanden. So lehnt sie auch heute verschiedene Grundprinzipien des XXII. Parteitags und des von ihm verabschiedeten neuen Programms ab ...

Unsere Partei vertritt die Ansicht, daß Chruschtschow zunächst Stalin und seine Werke desavouieren mußte, um auf dem XX. Parteitag der KPdSU seine opportunistischen Thesen darlegen und sie später auch verbreiten zu können ... Unsere Partei ist niemals mit der Kritik an Stalin einverstanden gewesen. Sie hat dies auf dem XX. Parteitag und auch später bewiesen ...

Unsere Partei ist der Ansicht, daß Stalin bei seiner gesamten theoretischen und praktischen Tätigkeit nicht nur für die Sowjetunion, die KPdSU, sondern auch für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung einer der hervorragendsten Führer und Persönlichkeiten gewesen ist und dies auch in Zukunft bleiben wird. Er war einer der glühendsten Verfechter und größten Theoretiker des Marxismus-Leninismus ...

Der Kampf gegen den Personenkult wurde von Chruschtschow geführt, um den Leninismus zu entthronen, um sich einen günstigen Boden für die Revision des Marxismus-Leninismus zu schaffen und seine opportunistischen Ansichten über die wichtigsten Fragen der Weltrevolution in der Gegenwart und der internationalen kommunistischen Bewegung zu verbreiten“ (zit. nach „Ost-Probleme“, Nr. 26, 1961, S. 847—849).

In der „Pravda“ (26. 12. 61) gab der sowjetische Ideologe Konstantinow folgende Begründung für das albanische Verhalten ab:

„Wegen ihrer inneren Schwierigkeiten und Gegensätze wollen die albanischen Führer anscheinend den Gang der historischen Entwicklung mit äußerer Einmischung ‚beschleunigen‘. Darin liegt offensichtlich eine der Quellen ihres Abenteuerertums, ihres lauten kleinbürgerlichen Revolutarismus und der subjektiven und willkürlichen Auslegung des Marxismus-Leninismus nach den Bedürfnissen ihrer antimarxistischen politischen Praxis.“

Mit diesen Sätzen wird die bekannte Tatsache, daß totalitäre Systeme innenpolitische Schwierigkeiten durch außenpolitische Aggressivität zu kompensieren suchen, nun auch von kommunistischer Seite bestätigt.

Die Stellung der kommunistischen Parteien zu Albanien ist zu einer Gretchenfrage in der internationalen kommunistischen Bewegung geworden. Die Haltung, ob eine Partei Hodscha lobt, verurteilt oder sich darüber ausschweigt, wird zu einem wichtigen Kriterium. Deshalb ist es sehr aufschlußreich, zu wissen, wer am 8. November 1961, dem 20. Jahrestag der Gründung der „Partei der Arbeit“, den albanischen Kommunisten gratuliert hat. In Tirana trafen Glückwünsche der kommunistischen Parteien Chinas, Indonesiens, Burmas, Malayas, Australiens, Neuseelands, Thailands und Belgiens ein, in denen zum Teil auch Hodscha gefeiert wurde. In der Glückwunschkarte der KP Chinas an die „Abweichler“ wurde die albanische Partei für ihre „Reinheit des Marxismus-Leninismus“ und ihren „heroischen revolutionären Geist“ gelobt. Außerdem wurde erklärt, die beiden Parteien seien durch „eine tiefe kämpferische Freundschaft“ verbunden.

Unmittelbar nach dem XXII. Parteitag zeigten die Führer der KP Chinas die Tendenz, sich ganz offen zu der Haltung der albanischen Führer zu bekennen. Deutlich kam dies auf dem Empfang des sowjetischen Botschafters in Peking anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution zum Ausdruck. Die wichtigsten Führer der KP Chinas, z. B. Mao Tse-tung und Tschou En-lai, blieben ostentativ dem Empfang fern. Der Sowjetbotschafter verteidigte in einer kurzen Ansprache die Beschlüsse des XXII. Parteitages und beschuldigte Albanien. Daraufhin verließ der albanische Botschafter den Saal, und der ranghöchste chinesische Kommunist drehte sich demonstrativ um, anstatt dem Sowjetbotschafter zu gratulieren. Auf diesem Empfang erklärte schließlich Wu Yu Chang u. a.:

„Die chinesische Revolution hat die Oktoberrevolution ergänzt und ausgeweitet und weitgehend die revolutionäre und nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika beeinflusst.“

Dies war eine kaum verhüllte Anmeldung des chinesischen Führungsanspruchs in diesen Gebieten.

Am Abend des Jahrestages der Oktoberrevolution erklärte Yu Tschang, Vizepräsident der Chinesisch-Sowjetischen Gesellschaft, im Radio Peking:

„Dank Stalin und seinem Kampf gegen die antileninistischen und andere Reaktionäre hat die UdSSR ihre Schwierigkeiten überstanden. Stalin und sonst niemandem ist das zu danken. Deshalb bleiben wir Chinesen ihm treu. Es lebe Stalin!“

Die Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau auf der Tagung des Weltfriedensrates

Die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking haben auch auf internationalen Kongressen ihre Auswirkungen. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (31. 12. 61) berichtete, kam es auf der Tagung des Weltfriedensrates vom 16. bis 19. 12. 1961 in Stockholm zu einem Konflikt. Auf dieser Tagung, die der Vorbereitung des Weltkongresses 1962 dienen sollte, verlangte die chinesische Delegation eine radikale Änderung der Strategie in der kommunistischen „Friedens“-Bewegung. Statt, wie bisher, vorwiegend Abrüstung und Atomwaffenverbot zu propagieren, wollten die Chinesen den Kampf gegen den Kolonialismus und die Förderung nationaler Befreiungskriege in den Mittelpunkt gerückt wissen.

Der Führer der chinesischen Delegation in Stockholm, Liao Cheng-chih, kritisierte in vielen Punkten die sowjetische Konzeption, u. a. verurteilte er Chruschtschows Gipfeldiplomat und sein Streben nach einem sowjetisch-amerikanischen Bilateralismus. Der chinesische Delegationschef erklärte:

„Die Regelung internationaler Konflikte durch friedliche Verhandlungen darf keineswegs bedeuten, daß die wichtigsten internationalen Probleme allein durch Verhandlungen zwischen einigen wenigen Großmächten gelöst werden können... Die Vorstellung, daß ein paar Großmächte die internationalen Probleme ohne Rücksicht auf die Meinung der kleinen Staaten regeln könnten, ist falsch und läßt sich auch nicht verwirklichen. Die Tage sind vorbei, da einige Großmächte das Schicksal der Welt kontrollieren“ (zit. nach „Neue Zürcher Zeitung“, 31. 12. 61).

Der chinesische Delegierte Liu Ning-yi übte scharfe Kritik an der sowjetischen Abrüstungspolitik und führte u. a. aus:

„Gewisse Leute vertreten die Meinung, die allgemeine und vollständige Abrüstung sei der einzige Weg zum Frieden, die heutige Aufgabe der Weltfriedensbewegung und zugleich der Schlüssel zur Lösung aller akuten Probleme der Gegenwart. Sie behaupten, daß die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Bewegung für die totale Abrüstung untergeordnet werden müsse. Dies ist aber eine falsche und gefährliche Annahme, mit der man nicht einverstanden sein kann...“

Für die unterdrückten Nationen, ob Laos, Algerien, Angola oder Kamerun, ist heute die wichtigste Aufgabe, ihre Streitkräfte für den Kampf gegen den Imperialismus aufzubauen und zu vergrößern; keinesfalls dürfen die geringen Streitkräfte, über die sie jetzt verfügen, vermindert oder aufgelöst werden...“ (ebd.).

Die sowjetische Delegation setzte es durch, daß die Abrüstung das einzige Thema des nächsten Kongresses bleiben müsse. Die Sowjetdelegation verurteilte das „Sektierertum“, weil sie befürchtete, daß durch den radikalen chinesischen Kurs die sehr nützlichen bürgerlichen Fellowtravellers von weiterer Mitarbeit in der „Friedensbewegung“ abgeschreckt würden. Der Sowjetdelegierte Surkow warnte davor, über der Unabhängigkeitsbewegung die Gefahr eines Atomkrieges zu vergessen, denn es würde niemand zu befreien sein, wenn die Menschheit in den Flammen eines Atomkrieges verbrannt sei.

Der Streit um die Auslegung des Begriffes „friedliche Koexistenz“ ist bis in die jüngste Zeit aktuell. Erst am 17. 1. 1962 veröffentlichte die „Pravda“ einen großen Artikel: „Friedliche Koexistenz — wichtigste Frage der Gegenwart“. In diesem Artikel wird erneut die „friedliche Koexistenz“ als Generallinie der sowjetischen Außenpolitik herausgestellt, die Erhaltung des Friedens als die Hauptsache bezeichnet, jedoch auch ihr klassenkämpferischer Gehalt hervorgehoben:

„Die friedliche Koexistenz ist ein dialektischer Prozeß, in dem sich der schärfste Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus und die Zusammenarbeit der Staaten beider entgegengesetzter Systeme im Interesse der Erhaltung des Friedens organisch miteinander verbinden“ (zit. nach „Neues Deutschland“, 21. 1. 62, S. 6).

Das Ringen um die Frage der „friedlichen Koexistenz“, die von den Sowjets als Generallinie der Außenpolitik, von den Chinesen jedoch nur als Phrase gewertet wird, zeigt das Bemühen der Sowjets, einen atomaren Krieg zu vermeiden. Die Chinesen sind in ihrer Kritik zwar hemmungsloser, doch sind sie gegenwärtig noch allzusehr von der Unterstützung der Sowjetunion abhängig, um selbständig eigene Wege gehen zu können. Doch sollte man andererseits nicht vergessen, daß auch die Russen eines Tages von dem Wunsch erfaßt werden könnten, der Welt zu beweisen, daß sie die besseren Bolschewisten sind.

Eigene Wege Pekings in der Theorie

Bemerkenswert für die Tiefe der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking ist auch, daß an chinesischen Parteischulen die Ideologie Mao Tse-tungs als das Kernstück des Studiums des Marxismus-Leninismus angesehen wird.

Die chinesische Parteizeitung „Shansijipao“ (1. 2. 60) begründete dies wie folgt:

„Welche Theorie wir gegenwärtig studieren? In erster Linie das Denken Mao Tse-tungs. Während des Studiums der Werke Mao Tse-tungs kann man darüber hinaus die marxistisch-leninistische Theorie studieren. Warum müssen wir so vorgehen? Weil das Denken Mao Tse-tungs chinesischer Marxismus ist. Das Denken Mao Tse-tungs ist ein Denken, das die Theorie des Marxismus-Leninismus mit der Praxis der chinesischen Revolution verbindet. Es ist chinesischer Kommunismus und chinesischer Marxismus...“ (zit. nach „Ost-Probleme“, 12. Jhg., 1960, S. 303).

Durch Herausstellung des Maoismus als zeitgemäße Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus wird auch auf theoretischem Gebiet erkennbar, daß China eigene, von den Russen als falsch bezeichnete Wege zu gehen gedenkt.

Wenn auch der Meinungsstreit im kommunistischen Block bedeutsam ist, so sollte man doch nicht vergessen, daß es sich hierbei um einen „Familienstreit“ handelt. In den grundsätzlichen Zielen gibt es zwischen Moskau und Peking nach wie vor weitgehende Übereinstimmung. „Die Familie“ hält in bestimmten Grundsatzfragen, ungeachtet des Zwistes, zusammen. Ein offener Bruch zwischen der Sowjetunion und China wird wahrscheinlich von beiden Seiten bewußt vermieden werden. Vor allem Peking möchte noch keinen offenen Bruch mit Moskau. Deshalb sind die Chinesen auch bestrebt, den offenen Meinungsstreit über die Probleme der Beziehungen im kommunistischen Lager in Grenzen zu halten und eine weitere Zuspitzung zu vermeiden.

Der „Polyzentrismus“ — von der Theorie zur Wirklichkeit

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU wurde auch versucht, Togliattis Theorie vom „Polyzentrismus“ zu „zerschlagen“. Diese Theorie wendet sich gegen ein einheitliches Moskauer Leitungszentrum und tritt für größere Selbständigkeit der kommunistischen Parteien sowie für das Koalitionsrecht der einzelnen Parteien (mit Bruderparteien benachbarter Länder) ein. Togliatti übte damals Selbstkritik, dennoch ist der „Polyzentrismus“ nicht nur Theorie geblieben, sondern Tatsache geworden.

Zur Zeit gibt es drei Zentren der kommunistischen Bewegung: Moskau, Peking, Belgrad. Innerhalb des kommunistischen Lagers gibt es den sowjetischen, chinesischen und polnischen Weg zum Sozialismus, außerdem den jugoslawischen, und bald wird es auch den kubanischen geben, denn zum erstenmal in der Geschichte wird hier eine kommunistische Partei von einem Nichtkommunisten geführt. Heute gilt das Wort „Moskau hat gesprochen“ nicht mehr als verbindlich. Im Schatten des großen Konfliktes versuchen einzelne Kommunistenführer größere Selbständigkeit zu gewinnen. Trotz beschränktem Machtzuwachs des Kommunismus in der Welt ist Moskaus Einfluß in den letzten Jahren zurückgegangen.

Letzteres findet auch in der unterschiedlichen Aufnahme des neuen Parteiprogramms der KPdSU seinen Ausdruck. Die KP Chinas „würdigte“ das neue Parteiprogramm mit betonter Zurückhaltung. Die albanische KP verzichtete sogar auf die Veröffentlichung einer Übersetzung des Pro-

gramms. Da das neue sowjetische Parteiprogramm auch für die internationale kommunistische Bewegung programmatische Bedeutung haben soll, muß dies in Rußland als eine Brückierung empfunden werden. Die Art und Weise, in der das sowjetische Parteiprogramm in den einzelnen Ländern des Ostblocks aufgenommen wurde, läuft seiner Grundthese zuwider, daß die Begründung des sozialistischen Weltsystems „zu einer Annäherung der Völker“ führe und daß die kommunistischen Staaten eine brüderliche Familie bilden.

Moskau ist nicht mehr unbestrittener anerkannter Führer der kommunistischen Weltbewegung, was für die ideologisch-theoretische Auseinandersetzung sehr bedeutungsvoll ist, denn die Frage, wer „Orthodox“, wer „Revisionist“ und wer „Dogmatiker“ ist, kann nur dann entschieden werden, wenn klar ist, wer „das Recht“ hat, „verbindlich für alle“ zu urteilen. Zur Zeit Stalins war dies klar. Doch nun wird zum erstenmal das Recht Moskaus, die „heiligen“ Texte der marxistisch-leninistischen Lehre verbindlich zu interpretieren, angegriffen oder einfach mißachtet, mit der Folge, daß es die Politik des Blocks nicht mehr ausschließlich bestimmen kann.

Aus diesen Gründen ist verständlich, daß auch heute noch Moskau die Idee des „Polyzentrismus“ bekämpft, um die unbestrittene Führerrolle wahren zu können. Nach dem XXII. Parteitag flammte die Auseinandersetzung in dieser Frage erneut auf. In dem Bericht Togliattis über den XXII. Parteitag heißt es u. a.:

„Neben den sowjetischen Genossen waren wir unter den ersten, die feststellten, daß es heute keine Staaten und Parteien mehr geben kann, die ‚befehlen‘, was allgemein akzeptiert worden ist. Die Ausbreitung der kommunistischen Bewegung über die entlegensten Länder, die mannigfachen objektiven Unterschiede in der politischen Arbeit und den Arbeitsmethoden lassen den Polyzentrismus geradezu notwendig erscheinen“ (zit. nach „Die Orientierung“, Januar 1962, S. 14).

Mit diesen Auffassungen ist Moskau nicht einverstanden, deshalb wurde der französische KP-Chef Thorez zu Entgegnung vorgeschickt, und auch in den anderen kommunistischen Parteien wurde eine formelle Ablehnung dieser Theorie organisiert. Thorez erklärte:

„Von gewisser Seite aus beharrt man darauf, die These des Polyzentrismus zu entwickeln. Diese Formel — so fürchten wir — öffnet der Tendenz zur Fraktionsmacherei Tür und Tor, und wir sind entschlossen, dieser Gefahr durch den internationalen Zusammenhalt die Stirn zu bieten. Gewiß, es gibt heute weder eine Kommunistische Internationale noch ein Kominformbüro... Jede kommunistische Partei ist sowohl vom organisatorischen als auch vom politischen Standpunkt aus völlig unabhängig. Und das ist es eben gerade, was an der These vom Polyzentrismus überrascht und beunruhigt. Es gibt kein einheitliches Leitungszentrum, warum redet man davon, mehrere zu bilden? Nach dem, was wir gelesen haben, hat man ferner gesagt, der XXII. Parteitag stelle keinen Schritt nach vorwärts dar, da dieser Parteitag die These von der Existenz allgemeingültiger Gesetze für den Übergang zum Sozialismus aufrechterhalten habe. Diese These laufe der Bestätigung nationaler Wege zum Sozialismus zuwider. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Einstellung die universelle Gültigkeit der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie leugnet“ (zit. nach „Die Orientierung“, Januar 1962, S. 14).

Wenn Thorez vor dem Schreckgespenst der Fraktionsmacherei im kommunistischen Staatenblock warnt, so ist es wissenschaftlich, zu erfahren, was die chinesische Parteiführung von dieser Warnung hält. Als auf der Moskauer Tagung der kommunistischen Parteiführer im November 1960 die Sowjets die chinesische Parteiführung anklagten, eine „Fraktion“ im Weltkommunismus bilden zu wollen, wie-

sen die Chinesen diese schwerwiegende Beschuldigung nicht einmal zurück. Der Generalsekretär der KP Chinas, Teng Hsia-ping, erklärte mit kühler Gelassenheit und Stolz, daß die Chinesen durchaus das Recht hätten, eine eigene Fraktion zu bilden. Das Recht zur Fraktionsbildung wurde mit dem Verhalten Lenins nach 1903 begründet. Damit wurde ein heiliges Prinzip der Kommunistischen Internationale preisgegeben.

Probleme sowjetischer Politik nach dem XXII. Parteitag

Auch innenpolitisch weist die Lage der Sowjetunion nach dem XXII. Parteitag interessante Aspekte auf. Obgleich die Sowjetbürger sich über die Abrechnung mit dem Stalinismus und die gewonnene größere Freiheit ehrlich freuen, wuchs doch andererseits die Verwirrung unter ihnen. Heute verlangt man, daß verdammt werde, was man 30 Jahre lang zu bewundern verpflichtet war. Die Unsicherheit nahm zu, denn woran kann man in Zukunft noch glauben? Für den Sowjetbürger ist jede kleine Phase der Entstalinisierung ein echter Schock. Mag die Entstalinisierung noch so langsam vorangehen, sie muß in allen Schichten der Bevölkerung und der Parteihierarchie auf Widerstände treffen, sie muß viele verwirren und ihnen den festen Boden unter den Füßen, nämlich den Glauben an die Unfehlbarkeit der Partei, nehmen.

Nach dem XXII. Parteitag geht die Entstalinisierung langsamer vor sich, als man versprochen hatte. Es gab keine Fortführung der Abrechnung mit Stalinisten. Das versprochene Denkmal für die Opfer Stalins wurde noch nicht projektiert.

Den Eindruck, daß die Entstalinisierung nur höchst vorsichtig durchgeführt werden sollte, konnte man bereits auf der Konferenz der Parteiideologen in den Weihnachtstagen 1961 gewinnen. Der Hauptreferent Iljitschow warnte die Partei davor, im Rahmen der Entstalinisierung die Einheit der Partei und des Marxismus-Leninismus zu unterminieren. Ungeachtet der Tatsache, daß man Stalins Leistungen auf einigen Gebieten der Theorie sehr geringerschätzig beurteilte, kann man diese Konferenz als eine verschleierte Teilrehabilitierung Stalins werten. Auf dieser Konferenz wurde nämlich u. a. festgestellt:

„Gewiß hatte Stalin Verdienste vor der Partei und vor der kommunistischen Bewegung auch auf dem Gebiet der Theorie. Wir können nicht diejenigen seiner Werke, in denen er den Marxismus-Leninismus popularisiert hat, in denen er die Leninschen Ansichten darlegte und sie im Kampf mit den Gegnern des Sozialismus verteidigte, wo er auf einem richtigen theoretischen Standpunkt stand, einfach von der Rechnung streichen. Zu ihnen gehören zum Beispiel seine Vorlesungen ‚Über die Grundlagen des Leninismus‘ und sein Buch ‚Marxismus und nationale Frage‘...“

Wir müssen auch künftig die ideologischen Gefilde von den Überresten des Personenkultes säubern. Zugleich aber müssen wir vor Versuchen warnen, die scharfe Kritik am Personenkult zu Zwecken auszunutzen, die von den Interessen der Partei weit entfernt sind...“

Wir dürfen nicht zulassen, Genossen, daß unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Folgen des Personenkultes in der marxistisch-leninistischen Theorie ein Schlag gegen diese Theorie selbst, gegen ihre Grundlagen geführt wird. Wir dürfen nicht zulassen, daß unter dem Lärm von außen verschiedene antileninsche Tatsachen und Strömungen hochkommen und in unserer Presse Einlaß finden, die von unserer Partei, von W. I. Lenin selbst längst zerschlagen und über Bord geworfen sind“ (zit. nach der Sonderbeilage der „Presse der Sowjetunion“, herausgegeben vom Presseamt des Ministerpräsidenten der „DDR“, Nr. 1, 5. 1. 62, S. 8—10).

Auch die Auseinandersetzung mit den zu Parteifeinden deklarierten Widersachern Chruschtschows war genau be-

rechnet. Es ging nicht um Recht und Unrecht oder um Moral, denn schließlich war auch Chruschtschow ein Komplize Stalins und seine Unschuld schwer erweisbar. Doch war diese Aktion ein wichtiger und notwendiger Bestandteil des XXII. Parteitag. Wenn man Molotow wegen dogmatischer Ideen und Gegnerschaft zu Chruschtschows Koexistenzkonzeption prügelte, so meinte man damit die chinesische Führung; denn Molotow verfügt bereits seit 1957 über keine Organe oder Körperschaften mehr, mit denen er seine Auffassungen durchsetzen könnte.

Durch die öffentliche Verurteilung Stalins will Chruschtschow offenbar einen klaren Trennungsstrich zur vergangenen Ära ziehen und sich als „Befreier vom Stalinismus“ aufspielen. Ebenso sollen die Anschuldigungen gegen einige Gefährten Stalins den Eindruck erwecken, daß für die Verbrechen in der Stalin-Ära nur einige „entartete“ Führer verantwortlich gewesen seien, das System aber insgesamt gesund blieb. Durch Manöver wie im Falle Molotows und anderer will Chruschtschow die Fehlerdiskussion auf ausgewählte Prügelknaben beschränken, die Ausbreitung einer grundsätzlichen Kritik am System aber unter allen Umständen verhindern.

In der Deutschlandpolitik mag für Chruschtschow auch ein gewisses Mißtrauen gegenüber Ulbricht eine Rolle spielen. Ulbricht steuert — bei aller Ergebenheit gegenüber der Sowjetunion — den stalinistischen Kurs weiter. Daher ist es möglich, daß Ulbricht für die albanische und chinesische Führung heimlich Sympathien hegt, und Chruschtschow muß Ulbricht gerade wegen dessen inneren Schwierigkeiten als Scharfmacher fürchten. Dies mag ein Grund dafür sein, daß Chruschtschow jetzt keine Eile zeigt, Ulbricht durch einen Separatfriedensvertrag die „Vollsoveränität“ zu geben. Ulbricht könnte nämlich geneigt sein, die „Vollsoveränität“ auch zur Aktivierung seiner Kontakte zu Pe-

king und Tirana auszunutzen, um gemeinsam mit diesen Staaten einen Druck auf die sowjetische Politik auszuüben. Für die Sowjets ist unter den gegebenen Bedingungen die Rechtsbasis als Besatzungsmacht vorteilhafter, denn sie gibt ihnen die Möglichkeit, in den entscheidenden Fragen (Krieg und Frieden) Ulbrichts Handlungsfreiheit zu begrenzen. Solange die Sowjetunion in Mitteldeutschland an ihrem Recht als Besatzungsmacht festhält, hat Ulbricht nur die Möglichkeit, sich als ergebenster Diener der Sowjetführung zu erweisen.

Wenn auch Chruschtschow in den vergangenen sechs Monaten politisch etwas kürzer getreten ist, kann man doch immer mit neuen Initiativen und Vorstößen rechnen. Die zwiespältige Politik Chruschtschows mag ihre Ursachen darin haben, daß er als Gläubiger der revolutionären Richtung verpflichtet ist, als Pragmatiker jedoch stärker zum Revisionismus neigt. Seinen eigenen Zwiespalt sucht er daher oftmals durch zur Schau gestellten propagandistischen Radikalismus zu überdecken.

Die Differenzen im kommunistischen Block in Grundfragen der Politik sind eine Chance für die freie Welt. Ein Kommunismus ohne Einheit verliert an Stoßkraft. Wenn kommunistische „Missionare“ mehrerer Schattierungen auftreten, mindert dies die Anziehungskraft des Kommunismus bei jungen Völkern. Die Kommunistenführer beherrschen zwar schon ein riesiges Territorium der Welt und ein Drittel der Menschheit. Dennoch ist es ihnen nicht gelungen, ihren Gewinn genügend zu festigen (vgl. dazu Erich Kordt: „Über Ideologie und Macht in der Außenpolitik der neueren Zeit“, in: *Moderne Welt*, Jhg. 3, Heft 1 [1961/62] S. 20—32, und Boris Meissner: „Die Volkskommunenkonzeption als Ausdruck der ideologischen Differenz zwischen Peking und Moskau“, in: *Moderne Welt*, Jhg. 2, Heft 4 [1960/61] S. 339—352).

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BERTRAMS, Guglielmo, SJ. *Episcopato e primato nella vita della Chiesa*. In: *La Civiltà Cattolica* Jhg. 113 Nr. 2685 (5. Mai 1962) S. 213—222.

Der Beitrag bietet weniger eine dogmatische Analyse des Episkopats und Primats als vielmehr den theologischen Versuch, die Spannungen zu deuten, die sich zwischen dem Episkopat als Institut göttlichen Rechtes und dem Primat, demgegenüber „keine Funktion des Episkopates schlechthin autonom ist“, ergeben. Im Mittelpunkt steht der kollegiale Charakter des Episkopates, der aber zugleich die Unterordnung unter den Primat als der personalen Spitze des Bischofskollegiums einschließt. Trotz mangelnder Quellenangaben und Literaturhinweise gewährt der Beitrag einen guten Überblick über den sachlichen Stand der Diskussion.

BEYER, J., SJ. *La rôle du prêtre dans les Instituts séculiers*. In: *Nouvelle Revue Théologique* Jhg. 94 Nr. 4 (April 1962) S. 365—386.

In dem Beitrag werden die Rolle des Priesters in den Säkularinstituten und die seelsorglichen Aufgaben der Geistlichen diesen im Leben der Gesamtkirche noch sehr neuen Instituten gegenüber erörtert. Da der Autor bestrebt ist, in die besondere Spiritualität der Säkularinstitute einzudringen und beim Leser (besonders beim Priester) Verständnis für die spezielle seelsorgliche Situation zu wecken, ist der Beitrag auch für jene interessant, die sich über die Geistigkeit, die apostolische Ausrichtung und die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus deren Struktur und Satzungen ergeben, Aufschluß holen wollen. Da die Frage der Säkularinstitute und insbesondere die Rolle der geistlichen Mitglieder auf dem Konzil eine Rolle spielen dürfte, verdient der Beitrag auch unter diesem Gesichtspunkt Aufmerksamkeit.

HAAG, Herbert. *Zum Verhältnis Exegese — Dogmatik*. In: *Tübinger Theologische Quartalschrift* Jhg. 142 Heft 1 (1962) S. 1 bis 22.

Haag setzt die Aussprache über das Verhältnis von Exegese und Dogmatik fort, die Karl Rahner SJ unlängst begonnen hat (vgl. „Stimmen der Zeit“; Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 525). An Hand einiger biblischer Hauptbegriffe weist er nach, daß die auf der Vulgata aufbauende scholastische

Dogmatik mit ihren aristotelischen Prämissen der Offenbarung der Bibel nicht ganz gerecht werde und daher einer Interpretation im Lichte der Heiligen Schrift bedürfe. Er hält eine viel engere Fühlungnahme zwischen Exegese und Dogmatik für notwendig, nicht aber, wie Rahner, eine Anpassung der Exegese an die Schulbegriffe der Dogmatik, die, wie er an Diekamp nachweist, von der 6. zur 12. Auflage schillert. Der Aufsatz ist ein Programm.

HAHN, Karl Joseph. *Der Unglaube der Gläubigen*. In: *Lebendige Seelsorge* Jhg. 13 Heft 4 (1962) S. 111—116.

Der Titel dieses Beitrages, der in realistischer Zeitanalyse die Ursachen der fragmentarischen Gläubigkeit der Christen bloßlegt, gilt eigentlich dem ganzen Heft, das von verschiedenen Seiten mutig das schlimmste Übel in der Kirche angeht und Möglichkeiten einer veränderten Seelsorge aufzeigt, auch die „Chancen der Verkündigung im modernen Atheismus“ (Joh. Ries, 121—126). Angreifend geht Bernhard Häring an die „Überwindung des latenten Unglaubens im Beichtstuhl“ (127—133), wobei er die Routine des Priesters, den Moralismus und die Duldung einer sakramentalen Magie als Ursachen des Übels kennzeichnet. W. Busenbender gibt schließlich brauchbare Ratschläge über den „Umgang mit ungläubigen Christen im Alltag“ (133—137).

MARLÉ, René. *La réussite du Concile est-elle assurée?* In: *Études* T. 313 Nr. 5 (Mai 1962) S. 190—195.

Dem ursprünglichen Enthusiasmus während der ersten Vorbereitungszeit des Konzils ist eine Zeit nüchterner Erwartung, vermischt mit Skepsis, gefolgt. Dieser Umstand wird hier zum Anlaß genommen, um Erwartungen und Möglichkeiten des Konzils vom Standpunkt des Theologen her abzugrenzen und das theologisch richtige Verständnis des Konzils zu vermitteln. Die zentrale Frage bildet dabei der Beistand des Heiligen Geistes. Dieser ist nicht nur negativ (Schutz vor Irrtümern bei der Definition von Glaubenswahrheiten) gegeben, sondern auch positiv (Erleuchtung der Konzilsväter in ihren pastoralen Entscheidungen), ohne daß dadurch das Konzil zu einer magischen Wunderversammlung (*assemblée-miracle*) würde. So bleibt trotzdem die Möglichkeit, daß das Konzil an lebenswichtigen Fragen der Kirche vorbeisieht. Als historische Beispiele werden genannt: das negative Ergebnis des V. Laterankonzils hinsichtlich der Kirchenreform am Vorabend der Reformation und die Entfremdung der Arbeiterschaft von der Kirche im 19. Jahrhundert trotz des I. Vaticanums. Die Assistenz des Heiligen Geistes bietet keine automatische Garantie, daß sich die Konzilsväter in den der Relativität unterworfenen pastoralen Fragen nicht von